

Universitätsstadt Tübingen

Koordinationsstelle für Senioren und Menschen mit Behinderungen

Barbara Kley, Telefon: 204-1444

Gesch. Z.: 5

Vorlage **238/2009**

Datum 24.06.2009

Beschlussvorlagezur Behandlung im: **Sozialausschuss**

Vorberatung im:

Betreff: Älter werden in Tübingen – Seniorenplan der Universitätsstadt Tübingen

Bezug: Vorlagen Nr. 262/2007, Nr. 5126/2007, Nr. 516a/2007, Nr. 516b/2007

Anlagen: 5 Anlage 1: Agenda „Älter werden in Tübingen“, Abschlussbericht von Weeber + Partner

Anlage 2: Liste Verbesserungsvorschläge

Anlage 3: Konzeption Tübinger Stadtteiltreffs

Beschlussantrag:

1. Die Leitlinien und die Agenda des Stadtseinenplans „Älter werden in Tübingen“ (Seite 3 – 6 der Anlage 1) werden zustimmend zur Kenntnis genommen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, sich in ihrem Handeln an den Leitlinien zu orientieren und das Handlungskonzept umzusetzen.
3. Im Sommer 2011 wird der Gemeinderat über den Stand der Umsetzung informiert.

Finanzielle Auswirkungen		Jahr:	Folgej.:
Investitionskosten:	nicht bezifferbar		
bei HHStelle veranschlagt:			
Aufwand jährlich	nicht bezifferbar		

Ziel:

Entscheidung über Leitlinien und Handlungskonzept des Stadtseinenplans.

Auftrag für die Umsetzung des Handlungskonzepts.

Vorbereitung auf die Auswirkungen des demografischen Wandels in der Universitätsstadt Tübingen.

Begründung

1. Anlass

- 1.1 Im März 2003 beantragte die SPD-Fraktion, Tübingen auf den demografischen Wandel vorzubereiten. Dazu sollten eine Planung und ein städtischer Aufgabenkatalog erstellt werden (Vorlage 516/2007).
- 1.2 Im Juni 2007 stellten der Stadtseniorenrat Tübingen, die Beratungsstelle für ältere Menschen und deren Angehörige und die Begegnungsstätte für Ältere „Hirsch“ dem Sozialausschuss Ansätze zur Entwicklung eines Stadtseniorenplans vor. Dort wird die Erstellung eines Handlungskonzepts unter Beteiligung von Fachleuten und Betroffenen angeregt.
- 1.3 Im November 2007 wurde der Bericht zur demografischen Entwicklung in der Universitätsstadt Tübingen vorgelegt (Vorlage 516a/2007). Als weiterer Schritt der Stadtseniorenplanung sollte ein Fachtag am 18. Januar 2008 folgen.

2. Umsetzung

2.1 Planungsverfahren und wissenschaftliche Begleitung

Der Planungsprozess war offen und partizipativ angelegt. Möglichst viele Bürgerinnen und Bürger sollten sich mit ihrer Sachkenntnis, ihren Erfahrungen und Vorschlägen zum „Älter werden in Tübingen“ einbringen können. Ziel war es, Handlungsleitlinien für alle Beteiligten – Stadt, Träger von Angeboten und Bürgerschaft – zu erarbeiten. Die Initiatoren (s. 1.2) wurden bei allen Entscheidungen, die im Verlauf der Planung zu treffen waren, mit einbezogen und arbeiten im Rahmen ihrer Möglichkeiten als Partner bei der Umsetzung mit.

Da die eigenen Ressourcen für einen so umfassenden Partizipationsprozess nicht ausreichten, musste externe Unterstützung hinzugezogen werden. Dies entsprach auch dem Wunsch der Initiatoren.

Für die Konzeption des Beteiligungsverfahrens, die Arbeitsplanung und die wissenschaftliche Begleitung wurde das Institut für Stadtplanung und Sozialforschung Weeber+Partner engagiert. Das Institut Weeber+Partner hat auch den Abschlussbericht erstellt (Anlage 1).

2.2 Ablauf der Stadtseniorenplanung

- 2.2.1 Fachtag „Älter werden in Tübingen“ am 18. Januar 2008: Bei dieser öffentlichen Auftaktveranstaltung haben rund 160 Teilnehmerinnen und Teilnehmer in insgesamt zehn Arbeitsgruppen diskutiert, welche Fragen und Problemstellungen im Rahmen der Stadtseniorenplanung untersucht werden sollen.
- 2.2.2 Im Mai 2008 richtete die Universitätsstadt Tübingen erstmals eine Koordinationsstelle für Senioren ein, um Planungsprozess und Umsetzung institutionell zu verankern und personell zu ermöglichen.
- 2.2.3 Von Juli bis Oktober fanden insgesamt 8 Stadteilspaziergänge statt. Hinter dieser Methode steht die Überlegung, die Qualität im Stadtteil, die Qualität des Wohnens und des öffentlichen Raums sind entscheidend dafür, ob ein selbstbestimmtes Leben in der eigenen Umgebung im Alter möglich ist.

Die Stadtteilspaziergänge fanden statt in Lustnau und auf dem Herrlesberg, in Derendingen, in der Weststadt, der Altstadt, in der Südstadt, auf der Wanne und auf Waldhäuser-Ost. Gemeinsam mit Bewohnerinnen und Bewohnern wurde das Wohnumfeld untersucht unter den Aspekten

- Stadtqualität, öffentlicher Raum, Barrierefreiheit, Mobilität
- Wohnen im Alter
- Infrastruktur: Dienstleistungen, Einkaufen, Versorgung
- Kultur und Freizeit, Kommunikation und Information, niedrigschwellige und preiswerte Angebote, ehrenamtliches Engagement.

In Nachbesprechungen mit den Beteiligten wurde aus den zahlreichen Anregungen und Verbesserungsvorschlägen eine Prioritätenliste erstellt und jeweils ein Schlüsselprojekt für jeden Stadtteil herauskristallisiert.

- 2.2.4 Zwischen Juli und Dezember 2008 wurde eine Migrantenbefragung durchgeführt. Der Anteil von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte, die bei uns älter werden, steigt kontinuierlich an. Bisher nehmen sie aber Pflegeleistungen nur selten in Anspruch. Die Gründe dafür sind weitgehend unbekannt.

Dieser Personenkreis beteiligt sich eher selten an kommunalen Planungsprozessen. Durch die Befragungsaktion wollte die Verwaltung besser mit älteren Migrantinnen und Migranten in Kontakt kommen, mehr über ihre Lebensweise, Wünsche und Zukunftsvorstellungen erfahren und sie mit den bestehenden Angeboten vor Ort bekannt machen. Anhand eines Fragebogens wurden 151 Tübinger mit Zuwanderungsgeschichte von überwiegend älteren Ehrenamtlichen in einem offenen, qualitativen Interview befragt, wie sie sich ihr Alter vorstellen, ob sie in Tübingen alt werden wollen, welche Kontakte und Unterstützung sie haben und ob sie die örtlichen Hilfsangebote für ältere Menschen kennen und nutzen.

- 2.2.5 Im Oktober und November 2008 wurden zwei Workshops zum Thema Pflege angeboten. Die Qualität der Pflege und ihre Anpassung an die Bedürfnisse von Älteren sowie ihren Angehörigen sind für ein gelingendes Älterwerden von besonderer Bedeutung. Dafür müssen professionelle Dienste und die Ressourcen des Umfeldes in geeigneter Weise vernetzt werden. In den Workshops wurde zunächst mit pflegenden Angehörigen, danach mit Pflegefachkräften die derzeitige Situation in der Versorgung und Pflege älterer und demenzkranker Menschen diskutiert sowie Vorschläge und Perspektiven für die Pflege entwickelt.
- 2.2.6 Das Projekt „Gesund und aktiv älter werden“ stellte sich im September 2008 mit einem Aktionstag der Öffentlichkeit vor.
- 2.2.7 Die Liste der Verbesserungsvorschläge aus den Stadtteilspaziergängen wurde Ende 2008 in die Fachbereiche übermittelt und dort auf Realisierbarkeit geprüft (Anlage 2). Die Liste soll fortgeschrieben und jährlich über die Umsetzung berichtet werden.
- 2.2.8 Öffentliche Präsentation der Ergebnisse bei einem Info-Tag am 31. Januar 2009: Zahlreiche Besucherinnen und Besucher diskutierten mit den Planern und brachten noch weitere Vorschläge in den Planungsprozess ein.
- 2.2.9 Im Anschluss an den Info-Tag bildete sich eine Arbeitsgruppe aus Ehrenamtlichen der Stadt seniorenplanung, die gemeinsam mit der Koordinationsstelle ein Konzept für die Tübinger Stadtteil-Treffs entworfen hat (Anlage 3). Die Stadtteil-Treffs können als Kernstück der Stadtteil- beziehungsweise Quartiersentwicklung gelten. Ihnen kommt daher eine Schlüssel-

rolle bei der Umsetzung des Handlungskonzepts zu. Die Arbeitsgruppe plant, noch im Jahr 2009 den ersten Stadtteil-Treff zu eröffnen.

3. **Die wichtigsten Ergebnisse der Bürgerbeteiligung (Zusammenfassung)**

Die gewählten Methoden haben aus Sicht der Verwaltung zu einem umfassenden Bild der Situation älterer Menschen in Tübingen geführt. Die Ergebnisse stecken einen Handlungsrahmen ab, der die Verwaltung sicher die nächsten 10 Jahre beschäftigen wird. Schon während des Planungsprozesses haben sich aus der Bürgerschaft heraus Aktivitäten entwickelt, die auf eine Realisierung einzelner Vorschläge zielen. Der partizipative Ansatz hat sich aus Sicht der Verwaltung sehr bewährt.

3.1 Ergebnisse der Stadtteilspaziergänge

- Die Zufriedenheit in den besuchten Stadtteilen ist recht hoch. Die Beteiligten fühlen sich überwiegend wohl in ihrer Umgebung und empfinden die Lebensqualität als relativ gut.
- Übereinstimmung besteht darin, dass der überwiegende Wunsch älterer Menschen, möglichst lange in der eigenen Wohnung leben zu können, die verstärkte Entwicklung und Umsetzung von Quartierskonzepten voraussetzt.
- Ältere Menschen sollen die Möglichkeit haben, unter Leute zu gehen und aktiv zu sein. Dazu werden Stadtteil-Treffs in allen Stadtteilen eingerichtet, angebunden an bereits vorhandene Angebote.
- Information und Beratung sollen wohnortnah und leicht zugänglich sein.
 - Dafür werden Schlüsselpersonen vor Ort, vor allem aber ältere Menschen selbst, einbezogen und qualifiziert.
 - Die Beratungsstelle für Ältere soll barrierefrei und gut erreichbar sein. Sie soll monatliche Sprechstunden auch in den Stadtteilen anbieten.
 - Die Beratungsstelle für Ältere soll zukünftig mit einem Pflegestützpunkt verbunden sein.
 - Öffentlichkeitsarbeit und Information, auch über das Internet, sollen verbessert werden.
- Das Wohnangebot soll ausgeweitet werden.
 - Als oberstes Ziel gilt: so lange wie irgend möglich in der eigenen Wohnung leben.
 - Die Stadt Tübingen soll dafür neuen preisgünstigen Wohnraum fördern.
 - Die Stadt Tübingen soll auch vorrangig barrierefreien Wohnraum fördern.
 - Die Stadt Tübingen soll ein Betreutes Wohnen zu erschwinglicher Miete ermöglichen.
 - Es soll eine zentrale Wohnberatung oder Wohnagentur eingerichtet werden.

3.2 Ergebnisse der Migrant*innenbefragung

Die meisten der befragten Migrant*innen und Migrant*innen sehen ihre Zukunft in Deutschland, viele halten sich allerdings auch die Möglichkeit einer Rückkehr ins Heimatland offen. Auch ältere Migrant*innen wollen im Alter überwiegend in der eigenen Wohnung bleiben und mög

lichst von Familienangehörigen versorgt werden. Der Gedanke, sich professionelle Hilfe zu holen, wenn die privaten Netzwerke an ihre Grenzen kommen, ist für viele noch ungewohnt. Sehr oft fehlt auch das Wissen über konkrete Unterstützungsangebote und Finanzierungshilfen. Hier sind verstärkt Öffentlichkeitsarbeit und zugehende, kultursensible Beratung gefragt. Migrationsdienste und internationale Vereine können dabei Kontakte herstellen und wichtige Multiplikatorenfunktionen übernehmen.

Der mit den Interviews begonnene Dialog soll fortgesetzt werden und in das städtische Integrationskonzept eingehen. Bis Sommer 2010 soll dazu gemeinsam mit der Integrationsbeauftragten ein Vorschlag erarbeitet werden.

3.3 Ergebnisse der Workshops zur Pflege

- Pflegende Angehörige brauchen verstärkte Unterstützung, zum Beispiel in Form von professioneller Beratung und von Gesprächsgruppen.
- Information und Gesundheitsförderung sollen ausgebaut und auch in den Stadtteilen wohnortnah angeboten werden.
- Öffentlichkeitsarbeit zum Thema Demenz soll verstärkt werden.
- Das Tagespflege-Angebot, insbesondere auch für Demenzkranke, soll ausgeweitet werden.
- Die beteiligten Pflegefachkräfte wünschen sich mehr Supervision und regelmäßige Fortbildung.
- Alle Betroffenen fordern einen Bürokratieabbau bei den Pflegekassen.
- Wunsch nach Einrichtung eines Krisentelefon für Situationen, in denen Erschöpfung, Überforderung oder Ratlosigkeit zu groß werden.

4. **Vernetzung mit der Konzeptentwicklung „Barrierefreie Stadt Tübingen“**

Im Zusammenhang mit der Entscheidung über den Beitritt zur Erklärung von Barcelona wurde die Verwaltung im Jahr 2006 aufgefordert, ein Handlungskonzept für eine „Barrierefreie Stadt Tübingen“ zu entwickeln (Vorlage 524a/2006). Dazu wurde im November 2007 eine Projektgruppe eingerichtet, an der alle betroffenen Fachbereiche, der Stadtverkehr Tübingen, Vertreter der Behindertenorganisationen sowie der Stadt- und Kreissenorenrat beteiligt sind. Zunächst wurde eine Bestandsaufnahme erstellt. Das Handlungskonzept soll im Herbst 2009 dem Gemeinderat vorgelegt werden.

Die Stadtseniorenplanung ergänzt und überschneidet sich in vielen Punkten mit der Projektarbeit für eine barrierefreie Stadt. Wesentliche Elemente des Stadtseniorenplans, zum Beispiel der Quartiersbezug, verbesserte Mobilitäts- und Teilhabechancen, Vorrang der eigenen Wohnung, sind auch im Konzept Barrierefreie Stadt enthalten. So konnten bereits im Planungsprozess Synergien geschaffen und genutzt werden.

5. **Verhältnis von Stadt- und Kreissenorenplan**

Am 6. Mai 2009 wurde der Kreissenorenplan einstimmig im Kreistag verabschiedet. Die untersuchten Handlungsfelder und die Schlussfolgerungen weisen vielfältige Parallelen zum Stadtseinenplan auf, so dass Kooperation und wechselseitige Verstärkung in der Umsetzungsphase anzustreben sind.

Dafür einige Beispiele:

- Übereinstimmend wurde festgestellt, dass der überwiegende Wunsch älterer Menschen, möglichst lange in der eigenen Wohnung leben zu können, die forcierte Entwicklung und Umsetzung von Quartierskonzepten voraussetzt.
- Angesichts wieder ansteigender Armut im Alter wird auch eine Förderung von preisgünstigem Wohnraum unumgänglich sein, wenn die Chancen auf selbstbestimmtes Wohnen im Alter nicht zunehmend ungleich verteilt sein sollen.
- Beratung, niedrighschwellige Unterstützung und ambulante Pflegeangebote sollen dezentral und wohnortnah abrufbar sein. Eine Zusammenarbeit und Vernetzung von Beratungsstellen, hauswirtschaftlichen und sonstigen Diensten, Pflegefachkräften und ehrenamtlicher Mitarbeit soll gewährleisten, dass passgenaue und bezahlbare Hilfen leicht zugänglich sind.
- Auch beim Übergang zur stationären Pflege sind verstärkt Verbundlösungen zu entwickeln. Das setzt eine Zusammenarbeit aller beteiligten Fachkräfte voraus, dazu gehören auch gemeinsame Fortbildungen und die Bereitschaft zu interdisziplinären Konzilen.
- Alle genannten Beispiele setzen auf das ehrenamtliche Engagement gerade auch älterer Menschen. Für Bürgerschaftliches Engagement sind seitens der Stadt und des Landkreises verbesserte und verlässliche Rahmenbedingungen sicherzustellen. Dazu gehören Beratung und Begleitung von Ehrenamtlichen, eine konkrete Kontaktperson in den Verwaltungen, Fortbildungs- und Vernetzungsangebote, Beteiligungs- und Gestaltungsmöglichkeiten. Nicht zuletzt gilt es, neue vielfältige Formen der Anerkennung und Wertschätzung ehrenamtlichen Engagements zu entwickeln.

6. **Finanzielle Auswirkungen**

6.1 Kosten der Planung

- Kosten für Konzeption des Planungsablaufs, Beratung und wissenschaftliche Begleitung rund 63.000 €, bereits finanziert;
- erhebliche Arbeitszeit der Verwaltung.

6.2 Kosten der Umsetzung

Die Umsetzung des Stadtseinenplans hat in den nächsten Jahren finanzielle Auswirkungen für alle Bereiche der Verwaltung. Allerdings beschreibt das Handlungskonzept überwiegend Querschnittsaufgaben, die nicht nur älteren Menschen, sondern allen Einwohnern zugute kommen: zum Beispiel Barrierefreiheit, Förderung preisgünstigen Wohnraums, Realisierung von Quartierskonzepten, Einrichtung von Stadtteil-Treffs u.v.a. Aus diesem Grund können die Kosten nicht isoliert betrachtet und beziffert werden.

Insgesamt ist davon auszugehen, dass die Kosten für die Teilhabe, Versorgung und Pflege älterer Menschen steigen werden. Gründe dafür sind die demografische Entwicklung und die sich ändernden Familienstrukturen. Diese Kosten sind nicht direkt im städtischen Haushalt erkennbar, da sie beim Landkreis anfallen und über die Kreisumlage mitfinanziert werden. Dieser Kostenentwicklung setzt der Seniorenplan den Ausbau wohnortnaher Infrastrukturen und Nachbarschaftshilfe entgegen. Dabei ist das freiwillige Engagement, insbesondere auch von Senioren selbst, ein unverzichtbarer Bestandteil. Nur wenn es gelingt, die nötigen professionellen und gemeinschaftlichen Hilfen in den Stadtteilen beziehungsweise Quartieren bereit zu stellen und zu vernetzen, können ältere Menschen möglichst lange in ihrer gewohnten Umgebung leben und müssen bei Hilfsbedürftigkeit nicht unbedingt in stationären Pflegeeinrichtungen versorgt werden. Diese Perspektive entspricht auch dem überwiegenden Wunsch älterer Menschen.

Stadtseniorenplanung Tübingen – Verbesserungsvorschläge und Prioritätenliste aus den Stadtteilspaziergängen

Prioritäten: 1 = von zentraler Bedeutung, 2 = dringend geboten, 3 = wünschenswert

I. Derendingen			
Statistische Angaben: Im Jahr 2007 wohnten in Derendingen und im Feuerhägle 339 Personen über 75 Jahre, im Jahr 2020 sollen es lt. Hochrechnung 426 Personen sein, 2030 520 Personen. Tatsächlich wird diese Zahl höher ausfallen, denn der Zuzug zahlreicher älterer Menschen in Wohnprojekte und ins Betreute Wohnen im Mühlenviertel ist bei der Hochrechnung noch nicht berücksichtigt.			
Verbesserungsvorschläge	Priorität	Bemerkungen	zu erledigen bis
1. Stadtqualität, öffentlicher Raum, Barrierefreiheit, Mobilität			
1.1 Sanierung des Fuß- und Radwegs zum Freibad	2	Generell bestehen erhebliche Unterhaltungsdefizite, die nach einer Prioritätenliste sukzessive abgearbeitet werden.	Wg. HH-Konsolidierung ist keine Aussage möglich
1.2 Sanierung des Spazierwegs entlang der Steinlach	1		
1.3 Sanierung des Zugangswegs zur Ev. Kirche			
Diese Wege sind durch Wurzeln und Frost stark beschädigt und daher für ältere Personen beschwerlich.	2	Es ist zu klären, ob die Kirche für den Zugangsweg zuständig ist.	2009
1.4 Bordsteinabsenkungen, z. B. Sieben-Höfe-/Stephanstraße, Danziger Straße	2	Finanzierung aus Programm „barrierefreie Maßnahmen“ möglich. Wird mit dem Beauftragten für barrierefreies Bauen abgestimmt.	2009 vorbehaltlich Haushaltsvollzug 2009 !
Es wohnen überdurchschnittlich viele ältere Menschen im Stadtteil, daher sind behindertengerechte Gehwege und Übergänge besonders wichtig.			
1.5 Behindertengerechte Erhöhung der Bordsteine im Bereich der Bushaltestellen	2	Wird im Rahmen ÖPNV-Maßnahmen in Abstimmung mit dem SVT sukzessive realisiert.	Nicht vor 2010 wg. anderer Prioritäten
Z. B. Sieben-Höfe-/Kappelstraße und Rathaus/Bahnhof.			
1.6 Geschwindigkeitsüberwachung in der Tempo 30-Zone	2	30er Zonen werden bereits regelmäßig kontrolliert. Die Verstoßquote ist ausgenommen Derendinger Straße sehr gering.	sofort
1.7 Fahrradständer beim Rathaus	3	Prüfung und Planung erforderlich (Radwegeprogramm).	2009

1.8 Gehwegverbreiterung auf der Mühlbachbrücke oberhalb des Rathauses Maßnahme ist seit vielen Jahren zugesagt und wird aus Sicherheitsgründen dringend empfohlen.	1		Realisierung nach den Sommerferien 2009 vorgesehen (vgl. Vorlage 107/2009)
1.9 Barrierefreier Ausbau der vorhandenen Bahnunterführung Jura-/Kanalstraße	1	Ist in der Planung Mühlenviertel vorgesehen.	in geplant 2009/2010
1.10 Barrierefreie Fuß- und Radwegverbindung zum Mühlenviertel	3	Hier sind keine Maßnahmen identifizierbar, gilt für alle Stadtteile.	
1.11 Gehwegverbreiterung an der Haltestelle Kappelstraße Personen mit Rollstuhl oder Kinderwagen können dort kaum ein- und aussteigen.	2	Sollte in Verkehrsschau geprüft werden.	
1.12 Barrierefreier Umbau der Toiletten bei der Ev. Kirche und bei der Aussegnungshalle Zwischenlösung mit Rampen wäre möglich.	2	Mehr als diese Zwischenlösung ist finanziell nicht darstellbar.	
1.13 Einrichtung eines barrierefreien öffentlichen WCs beim Lammgarten	3	Prüfung erforderlich, derzeit existiert keine Planung. Kann berücksichtigt werden, wenn entsprechende Haushaltsmittel bereitgestellt werden.	
1.14 Umbau der Kreuzung vor dem Rathaus zum verkehrsberuhigten Bereich (Dorfplatz)	3	Prüfung, Planung und Umbau erforderlich.	Planung nach Vorliegen entsprechender Haushaltsmittel
1.15 Lärmschutzwand an der K 6900 zum Schutz der Wohngebiete Zunehmende Verlärmung durch LKW-Verkehr, Notwendigkeit prüfen.	2	Prüfung erforderlich – Schallgutachten im Rahmen des Mühlenviertel vorhanden.	
1.16 Umbau des alten Backhauses als Unterstand für Kirchenbesucher oder für Fahrräder und Kinderwagen	3	Zuständigkeit GWG.	Anfrage bei GWG 2009

1.17 Aufstellung von Bänken im Stadtteil, auch an Bushaltestellen und entlang der Spazierwege Es wohnen überdurchschnittlich viele ältere Menschen im Stadtteil, die Wege sind recht lang (Straßendorf). Vorschlag: Bewohner bitten ortsansässige Firmen um Sponsoring.	2	Prüfung und Planung erforderlich. Im Haushaltsplan 2009 sind 1.000 € für die Gesamtstadt eingestellt (incl. Abfallkörbe). Eine Standardbank kostet gut 1.000 €.	Sponsorensuche durch Stadtteilbewohner erfolgreich. Planung läuft bereits
1.18 Ausstattung des Magazinplatzes mit Bäumen, Sitzgelegenheiten und Lauben	3	Entwurf Magazinplatz wird voraussichtlich Bäume und Sitzgelegenheiten enthalten. Entwurf wird derzeit in enger Abstimmung mit den Bewohnern erarbeitet.	in 2010 vorgesehen
2. Wohnen im Alter			
2.1 Bereitstellung eines Grundstücks für ein Mehrgenerationenprojekt Die Stadt soll ein Grundstück im Bereich Sieben-Höfe-Straße / Lammgarten reservieren.	3	Wird im Rahmen einer städtebaulichen Konzeption geprüft und kann bei der Vergabe bei Vorliegen eines konkreten Vorhabenträgers im Vergleich mit anderen Bewerbern berücksichtigt werden.	im Zusammenhang mit Entwicklung Lammgarten
2.2 Umbau des Gebäudes Sieben-Höfe-Str. 66a zu Altenwohnungen mit Gemeinschaftsräumen (GWG)	3	Das Haus steht seit Jahren leer. Planung erforderlich.	im Zusammenhang mit Entwicklung Lammgarten
2.3 Sanierung und behindertengerechter Umbau des Hauses am Rammert (GWG)	1	GWG plant Sanierung oder Neubau in den nächsten Jahren.	Besprechung mit GWG 3. Quartal 2009
3. Dienstleistungsangebote und Infrastruktur			
3.1 Schaffung eines barrierefreien Zugangs zum Rathaus	1	Der Vorschlag wird unterstützt. Er kann zusammen mit 3.2 umgesetzt werden. Allerdings relativ aufwendig und kostenintensiv. Planung erforderlich, um die Kosten genauer bestimmen zu können. Ab 2010 sind wieder Planungskapazitäten vorhanden, vorher wäre nur externe Planung möglich (dafür ggf. Bereitstellung von Planungsmitteln im Haushalt 2010).	
3.2 Ausbau des Rathaus-EG mit Bürgerbüro oder Anbau eines Fahrstuhls	2		

<p>3.3 Förderung eines Dorfladens</p> <p>Bonus-Laden oder Cap-Laden im Ortskern. Bewohner sind bereits initiativ.</p>	-	Derzeit stehen keine Räume zur Verfügung, daher keine Realisierbarkeit erkennbar.	keine Aufgabe der Stadt
<p>3.4 Einrichtung eines Obst- und Gemüsemarkts im Ortskern oder auf dem Magazinplatz</p> <p>Auf dem Magazinplatz sollen die technischen Voraussetzungen geschaffen werden.</p>	3	Wird bei Entwurf Magazinplatz sofern technisch und finanziell vertretbar berücksichtigt. Der Markt müsste sich, um nachhaltig zu sein und ein entsprechendes Angebot abzudecken, auf ein bzw. zwei Tage beschränken (Beispiel: Markt Herrlesberg). Allerdings: jeder weitere Markt trägt nicht zu einer Stärkung des Wochenmarkts bei.	
<p>3.5 Bessere Nutzung der Gemeinschaftsräume im Haus am Rammert, z. B.</p> <ul style="list-style-type: none"> - monatliche Sprechstunde der Beratungsstelle für Ältere, - Außenstelle des BüroAktiv, - Angebote der Begegnungsstätte Hirsch 	-	Das Haus am Rammert wird in den nächsten Jahren saniert oder aufgegeben (GWG). Es wird in Derendingen für nicht so geeignet erachtet. Man wünscht sich Gemeinschaftsräume an anderer Stelle. Vgl. auch 4.2.	Prüfung 2008/ 1. Quartal 2009 Monatliche Sprechstunde der BÄM seit März 2009 im Rathaus Derendingen
<p>3.6 Aufbau eines ehrenamtlichen Besuchsdienstes</p> <p>Die Aufgabe könnte von den Kirchengemeinden oder von einer Freiwilligenagentur übernommen werden.</p>	3		Prüfung 3. Quartal 2009 , weitere Prüfung erforderlich
4. Treffpunkte, Freizeitangebote, ehrenamtliches Engagement			
<p>4.1 Bereitstellung von Räumen für einen offenen Bürgertreff/Altentreff und für Veranstaltungen der Vereine</p> <p>(Im Wohnhaus der GWG am Lammgarten könnten im EG entsprechende Räume hergerichtet werden.)</p>	3		Prüfung bis Ende 2009, Vorbereitung läuft

4.2 Sanierung und Bereitstellung des Mehrzweckraums im Haus am Rammert für offene Angebote Gedacht ist insbesondere an niedrigschwellige, preiswerte Angebote, z. B. Café, Beratung, Gymnastik für Ältere.	3	Haus am Rammert hat keine Priorität mehr (vgl. 3.5). Für einen Stadtteil-Treff können voraussichtlich Räume im Mühlenviertel mit genutzt werden.	Prüfung bis Ende 2009, Konzeption für Stadtteil-Treff liegt vor
4.3 Einzäunung der Wiese in Lammgarten und Aufstellen von Bänken Der Lammgarten soll als Treffpunkt und Spielplatz erhalten bleiben. Die Wiese muss vor Verschmutzung durch Hunde geschützt werden. Die Einzäunung wurde bereits zugesagt.	3	Im Rahmen der Innenentwicklung ist geplant, die Fläche einer Bebauung zuzuführen.	
4.4 Pflege, Erhaltung der Bäume im Lammgarten, ggf. Neupflanzung	3	Im Rahmen der Innenentwicklung ist geplant, die Fläche einer Bebauung zuzuführen.	laufende Pflege städtischer Bäume
4.5 Einwirkung auf die Gastronomie, barrierefreie Zugänge zu schaffen Es gibt kein barrierefreies Lokal in Derendingen.	2	Geringe Einflussmöglichkeiten der Verwaltung. Möglicher Weise im Mühlenviertel möglich	
4.6 Einrichtung eines Jugendtreffs/Jugendraums	2	Ein Raum wurde gefunden, keine Finanzierung.	

II. Lustnau-Zentrum

Statistische Angaben: In Lustnau-Zentrum, im Aeule und auf dem Herrlesberg wohnten im Jahr 2007 **367** Personen über 75 Jahre. Im Jahr 2020 werden es **389** Personen sein, im Jahr 2030 **531** Personen.

Verbesserungsvorschläge	Priorität	Bemerkungen	zu erledigen bis
1. Stadtqualität, öffentlicher Raum, Barrierefreiheit, Mobilität			
1.19 Verlängerung der Grünphasen für Fußgänger an der Adlerkreuzung und beim Pauline-Krone-Heim Die Grünphasen sind für Ältere zu knapp.	2	Zielkonflikt mit Busbevorrechtigung, daher nicht darstellbar.	derzeit nicht lösbar
1.20 Rote Markierung der Fahrradwege auch im Bereich der Adlerkreuzung Radfahrer kommen an der Adlerkreuzung häufig in gefährliche Situatio-	3	Einfache Lösung nicht möglich, Umbauplanung hat bisher keine Priorität.	

nen.			
1.21 Bordsteinabsenkung und Nivellierung des Gefälles beim Zebrastreifen vor dem Einkaufszentrum Einkaufswagen/Kinderwagen können dort leicht kippen.	1	Größerer Umbaubedarf, wird geprüft (Finanzierung ungewiss).	Prüfung bis Ende 2009
1.22 Aufwertung und bessere Beleuchtung im Eingangsbereich des EKZ Der Eingangsbereich ist eng und dunkel.	2	Aufgrund der baulichen Situation existiert wenig Aufwertungspotential. EKZ ist eine private Immobilie.	
1.23 Verbesserung/Öffnung der Fußwegeverbindungen zum EKZ	3	Vermutlich schwierig zu realisieren, da in Privatbesitz	
1.24 Sanierung und Ausbau der Radwege nach Bebenhausen	3	Land saniert RW Bebenhausen – Dettenhausen in 2009, Abschnitt Bebenhausen – Tübingen in den Folgejahr(en).	mittelfristig geplant
1.25 Verbesserung des Winterdienstes Wo keine Bürgersteige vorhanden sind, wird nicht geräumt und gestreut.	1	Anschreiben der betroffenen Grundstückseigentümer; Hinweis auf die Reinigungs-, Räum- und Streupflicht.	
1.26 Fahrradmitnahme in den Bussen nach Pfrondorf ermöglichen	1	In den Bussen des Stadtverkehrs Tübingen ist die Fahrradmitnahme kostenfrei auf festgelegten Strecken (Bergstrecken bergauf) möglich. Auf einigen Linien gelten an Mo-Fr im Normalfahrplan und zudem in Zeiten mit starker Nachfrage Sperrzeiten, während denen die Fahrradmitnahme ausgeschlossen ist. Auch auf den Linien 1 und 7 nach Pfrondorf ist die Fahrradmitnahme möglich, Sperrzeiten gibt es hier nicht. Auf der Linie 1 ist die Fahrradmitnahme ab der Haltestelle „Steige“, auf der Linie 7 ab der Haltestelle „Neuhaldenstraße“ möglich. Lediglich bei letzterer Festlegung sieht der SVT einen gewissen Handlungsbedarf. Die Haltestelle „Neuhaldenstraße“ liegt schon deutlich nach Beginn der Steigung, hier wäre eine Fahrradfreigabe	teilweise erledigt

		bereits ab Haltestelle „Jürgenstraße“ oder „Stuttgarter Straße“ denkbar und zum nächsten Fahrplanwechsel (d.h. zum 13.12.2009) umsetzbar.	
1.27 Einrichtung einer barrierefreien öffentlichen Toilette beim EKZ oder bei der Schule	2	Unrealistisch, sehr schwierig zu realisieren.	
1.28 Sitzgelegenheiten beim EKZ	3	Aus städtebaulicher Sicht werden Sitzgelegenheiten beim Lustnauer Zentrum für wenig sinnvoll erachtet. Der Eingangsbereich weist keine hohen Aufenthaltsqualitäten auf (eher dunkel); u.U. sind Sitzgelegenheiten hier eher kontraproduktiv (Lärm, Abfall etc.).	nicht vorgesehen
1.29 Sitzgelegenheiten entlang der Fußwege zum Zentrum Die Fußwege zum EKZ sind teilweise sehr lang, daher sind ältere Menschen auf Sitzmöglichkeiten angewiesen.	2	Hierbei geht es vor allem darum, dass ältere Menschen, die vom Aeule aus zum Lustnauer Zentrum gehen, auf dem relativ langen Weg in regelmäßigen Abständen Bänke zum Ausruhen benötigen. Hier müsste geprüft werden, welche Wege in der Hauptsache genutzt werden und an welchen Stellen Bänke möglich und von den Aufenthaltsqualitäten auch sinnvoll sind.	Prüfung mögliche Standorte bis Ende 2009
1.30 Aufwertung der Sitzgruppe beim Parkplatz des EKZ	3		
1.31 Aufwertung des kleinen Parks und der Sitzgelegenheiten an der Neuhaldenstraße	3	Die Aufenthaltsqualitäten im Kirchgraben ließen sich sicherlich steigern. An welchen Stellen im alten Ortskern sich zusätzliche Bankstandorte anbieten, müsste geprüft werden, sicherlich jedoch nicht in der Neuhaldenstraße; hier gibt es ausreichend Sitzgelegenheiten (Garten Luise-Poloni-Heim, Grünbereich im Kirchgraben, Spielplatz an der Dorfackerschule).	zusätzliche Bänke nicht vorgesehen
2. Wohnen im Alter			
2.4 Verbesserung der Wohnqualität beim EKZ Beleuchtung im Eingangsbereich, Aufzug nur für Bewohner wieder in Be-	2	EKZ ist private Immobilie.	

trieb nehmen.			
2.5 Haltebucht zum Ein- und Aussteigen vor dem Betreuten Wohnen beim Luise-Poloni-Heim an der Pfrondorfer Straße	-	Eine Haltebucht wurde an der Pfrondorfer Straße nicht vorgesehen, um den Verkehrsfluss nicht zu beeinträchtigen. Die Zufahrt zum Betreuten Wohnen erfolgt von der Neuhaldenstraße über das Grundstück Flst.-Nr. 2686 (Kirchengrundstück). Aus städtebaulicher Sicht ist die Zufahrt von der Neuhaldenstraße die sichere und bessere Lösung, die auch im VEP festgeschrieben wurde.	nicht vorgesehen
2.6 Erhaltung der bestehenden Parkplätze hinter dem LPH	3	Die städtischen Stellplätze auf Flst.-Nr. 399/3 an der Neuhaldenstraße bleiben erhalten.	erledigt
2.7 Erwerb von Wohnungen im Betreuten Wohnen und Vermietung durch die Stadt Im Betreuten Wohnen des Luise-Poloni-Heims entstehen ausschließlich Eigentumswohnungen, die für Personen mit geringeren Einkommen nicht zur Verfügung stehen.	2		
2.8 Bereitstellung von Grundstücken für Mehrgenerationenprojekte auf dem Egeria- und Queck-Gelände	2	Bei entsprechenden Mehrheiten im Gemeinderat und ausreichender Finanzierungsmöglichkeit der Vorhabenträger kann dies im weiteren Verfahren der Entwicklung von Lustnau-Süd berücksichtigt werden (Optionsrecht für Baugemeinschaften und -gruppen).	
3. Dienstleistungsangebote und Infrastruktur			
3.7 Verlagerung der Verwaltungsstelle in ein barrierefreies Gebäude	1	Derzeit kein Gebäude bekannt.	
3.8 Information über Bonus-Card bei der Verwaltungsstelle	1	Seit 11/2008 Ausgabe der Bonus-Card bei den Verwaltungsstellen. Ferner wird geprüft, ob die Bonus-Card zukünftig auch bei den Verwaltungsstellen ausgegeben werden kann.	erledigt weitergehende Prüfung im Frühjahr 2009
3.9 Einrichtung einer monatlichen Sprechstunde der Beratungsstelle für Ältere/IAV-Stelle	2	Raum muss gefunden werden.	geplant für 2009/2010

3.10 Information über Sport- und Bewegungsangebote für Ältere	2	Bereits vorhanden: Landkreis-Wegweiser „Aktiv im Alter“ 2008 und Projekt „gesund und aktiv älter werden“ 2008/2009.	erledigt
3.11 Schaffung von Einkaufsgelegenheiten im Bereich Aeule Vorschläge: Einrichtung eines Lieferservice durch die Läden im EKZ oder Tafelläden.	3	Eher Notlösung; im Zuge der Entwicklung von Lustnau-Süd ist ein zweiter Versorgungsschwerpunkt analog zum Lustnauer Zentrum zu prüfen.	
3.12 Einrichtung eines Schwimmbades/Freibades	-	Ein äußerst unrealistischer Vorschlag.	erledigt
4. Treffpunkte, Freizeitangebote, ehrenamtliches Engagement			
4.7 Einrichtung eines offenen barrierefreien Bürgertreffs/Bürgerhauses mit offenem Angebot für Ältere, Beratungsangeboten, Angeboten der Begegnungsstätte Hirsch und Außenstelle des BüroAktiv (Koordination und Förderung ehrenamtlicher Arbeit)	1	Bedarf und Interesse besteht sicherlich, wenn, wäre Ortskern der richtige Standort, mit Raum für Mehrfachnutzungen verschiedener Gruppen.	Prüfung bis Ende 2009, Konzeption Stadtteil-Treffs liegt vor
4.8 Rederecht für Stadtteilbewohner im Ortsbeirat	2	Eine „Fragestunde“ für Stadtteilbewohner wird nicht befürwortet. Wichtige Fragen können in der Einwohnerfragestunde des Gemeinderats gestellt werden. Auch können sich Fragesteller schriftlich oder in anderer Form an die Verwaltung wenden. Für die Einführung der vorgeschlagenen Fragestunde ist der Gemeinderat zuständig	

III. Lustnau-Herrlesberg			
Verbesserungsvorschläge	Priorität	Bemerkungen	zu erledigen bis
1. Stadtqualität, öffentlicher Raum, Barrierefreiheit, Mobilität			
1.32 Sanierung und Pflege (auch Winterdienst) der Fußwege zwischen Lustnau und dem Herrlesberg	2	Sicher sinnvoll, da Weg recht steil, allerdings werden Fuß- und Radwege ohnehin nicht vorrangig gestreut; man müsste auch schauen, wie stark die Verbindung frequentiert wird.	
1.33 Verstärkte Kontrolle des ruhenden Verkehrs Gehwege und Plätze werden häufig zugeparkt.	2	Ab 2009 verstärkte Kontrollen.	2009

1.34 Verstärkte Geschwindigkeitskontrollen	2	Ab 2009 verstärkte Kontrollen.	2009
1.35 Bereitstellung von PKW-Stellplätzen an den Rändern des Stadtteils	-	Aus städtebaulicher Sicht nicht wünschenswert. Es wird hier auch kein Bedarf an öffentlichen Parkplätzen gesehen.	erledigt
1.36 Verbesserung der Aufenthaltsqualität am zentralen Platz beim ehemaligen Einkaufszentrum	3	Kleine Maßnahmen sind in Planung, derzeit keine Haushaltsmittel vorhanden.	kleine Maßnahmen geplant
1.37 Aufstellen von Ruhebänken an den Fußwegverbindungen und den Bushaltestellen	2	An verschiedenen Standorten sicher sinnvoll, müsste noch im Detail geprüft werden, wo Sitzgelegenheiten sinnvoll wären, ebenso im alten Ortskern.	Prüfung möglicher Standorte bis Ende 2009
1.38 Bereitstellung von Hundetoiletten-Stationen	3	Derzeit läuft ein Versuch mit 4 Automaten, in denen Hundbeutel kostenlos für Hundehalter zur Verfügung gestellt werden. Bei positiven Erfahrungen können vorbehaltlich der Finanzierung weitere Automaten aufgestellt werden.	in Erprobung
3. Dienstleistungsangebote und Infrastruktur			
3.13 Einrichtung eines Lebensmittelladens Vorschläge: finanzielle Unterstützung der Initiative für einen Genossenschaftsladen; Einrichtung eines Lieferservice.	-	Der Genossenschaftsladen auf dem Herrlesberg ist eröffnet.	keine Aufgabe der Stadt, erledigt
3.14 Ausweitung des Wochenmarktangebots	2	Bei entsprechender Nachfrage kann das Angebot ausgeweitet werden. Insofern liegt es an den Bewohnern des Herrlesberg selbst, ob weitere Marktstände rentierlich betrieben werden können.	erledigt
3.15 Einrichtung einer Bank- und Post-Servicestelle	-		keine Aufgabe der Stadt
4. Treffpunkte, Freizeitangebote, ehrenamtliches Engagement			
4.9 Realisierung des Herrlesberg-Bürgerhauses Bedingung: Interessierte Gruppen stellen sich vor, benennen den Bedarf	3	Unrealistisch: zudem fraglich, ob der Herrlesberg ein eigenes Bürgerhaus benötigt; Bürgerhaus sollte eher im Ortskern sein und von Gesamt-	Prüfung bis Ende 2009 (angebunden an Genossen-

und eine/n Ansprechpartner/in.		Lustnau genutzt werden.	schaftsladen)
4.10 Bereitstellung von barrierefreien Räumen für offene Treffen ohne Konsumzwang	3		siehe 4.9
4.11 Aufbau einer Nachbarschaftshilfe Vorschlag: Organisation durch die Betreiber des Genossenschaftsladens.	2		siehe 4.9
4.12 Bolzplatz, Volleyballfeld und Bocciabahn am Ortsrand	3	Standort nicht vorhanden; Wunsch eher unrealistisch, nach Bolzplatzstandort wurde bereits erfolglos gesucht. Sinnvoller: im Bereich von Lustnau-Süd Angebote für Gesamt-Lustnau zu schaffen.	nicht vorgesehen

IV. Altstadt

Statistische Angaben: In der Altstadt /Innenstadt wohnten im Jahr 2007 **279** Personen über 75 Jahre, Im Jahr 2020 werden es nach heutiger Hochrechnung **309** Personen sein, im Jahr 2030 **384** Personen.

Verbesserungsvorschläge	Priorität	Bemerkungen	zu erledigen bis
1. Stadtqualität, öffentlicher Raum, Barrierefreiheit, Mobilität			
Motto: Einwohner vor Touristen, Einwohner vor HGV, Fußgänger vor Radfahrer		Motto ist kritisch: Fahrradfahrer sollen auch unterstützt werden, Einzelhandel zentrale Säule der Funktionsfähigkeit der Altstadt	
1.39 Freihalten der gepflasterten Gehstreifen Die Gehstreifen sind häufig von Werbeständern oder Außengastronomie blockiert.	2	Die Ordnungsverwaltung versucht, soweit als möglich, einen Ausgleich zwischen den divergierenden Interessen zu finden. 2008 fand eine Begehung statt, Gespräche mit Einzelhändlern und Gastronomen. Gespräch mit dem HGV-Vorsitzenden Anfang 2009. Weitere Begehung mit Behindertengruppen im Frühjahr 2009 geplant.	in Arbeit
1.40 Regelmäßige Kontrolle der Behinderten-Parkplätze Diese Parkplätze werden oft anderweitig genutzt.	2	Kontrollen finden bereits täglich statt.	erledigt

1.41 Regelmäßige Kontrolle der Anwohnerparkplätze Diese Parkplätze werden oft anderweitig genutzt.	2	Kontrollen finden bereits täglich statt.	erledigt
1.42 Bordsteinabsenkung beim Eingang zur Begegnungsstätte „Hirsch“ Der barrierefreie Weg von der Kornhausstraße her ist oft durch Außenbewirtschaftung des Café Hirsch blockiert.	2	Bordsteinabsenkung ist aufgrund des entstehenden Quergefälles nicht möglich. In Absprache mit Stadt seniorenräten wurde ersatzweise ein Poller entfernt.	erledigt
1.43 Bessere Beleuchtung der Unterführungen zur Südstadt	2	Nur mit hohen Umbaukosten realisierbar.	
1.44 Verbesserung des Altstadt-pflasters Das Pflaster soll für Personen mit Mobilitätseinschränkungen begehbar und befahrbar sein.	2	Wird bei allen Neuplanungen berücksichtigt.	ab sofort bei Neuplanungen
1.45 Verbesserung der Ammerbrücken beim Nonnenhaus, bei der Fruchtschranne 1 und im Alten Botanischen Garten Die Oberfläche der Brücken ist bei Nässe und Schnee oft gefährlich glatt – Unfallgefahr.	2	Verbesserung ist mit den Holzbrücken ohne kompletten Umbau nicht leistbar.	
1.46 Aufwertung des Platzes hinter der Stiftskirche Vorschläge: Sitzmöglichkeiten, Bouleplatz.	3	Sitzmöglichkeiten werden aufgestellt, wenn das Gerüst an der Kirche wieder abgebaut wird.	2010
1.47 Aufwertung des Platzes vor der Alten Burse Vorschlag: Bouleplatz.	3	Umbauplanung steht, Umsetzung läuft. Bouleplatz ist bei den Gefälleverhältnissen nicht möglich.	2009
1.48 Weitere Sitzmöglichkeiten in der Altstadt Ruhe- und Sitzmöglichkeiten für Ältere ohne Konsumzwang.	2	Ist in Arbeit. Derzeit werden Standorte geprüft.	in Arbeit
2. Wohnen im Alter			
2.9 Verbesserung der Wohnqualität (nicht nur für ältere Menschen) Die Bewohner der Altstadt fühlen sich überfordert durch zu viele Events, Lärm (auch bei Nacht und an Wochenenden), Müll und Taubenkot.	3	Es ist ein ständiges Ziel, die Wohn- und Aufenthaltsqualität in der Altstadt zu verbessern. Dies setzt einerseits voraus, dass die Anzahl der lärmintensiven Veranstaltungen begrenzt wird und an-	in Arbeit

		derseits Regeln, die der Gemeinderat zur Verbesserung der Lebensqualität erlassen hat, durchgesetzt werden.	
<p>2.10 Eindämmung des nächtlichen Lärms bei Lokalen und Diskotheken</p> <p>Der Lärm dauert oft bis in die Morgenstunden, z. B. auf der Platanenallee, beim Epplehaus und der alten Hauptpost, am Anlagensee, beim Asmara. Einflussmöglichkeiten der Verwaltung sind gering.</p>	2	Um der Häufung der Anwohnerbeschwerden über Ruhestörungen und der Zunahme der Vermüllung im öffentlichen Raum gegenzusteuern, wurde gemeinsam mit der Polizeidirektion Tübingen eine Konzeption „Saubere und ruhige Innenstadt“ erarbeitet. Zur Umsetzung der Konzeption wurden zusätzlich zwei Mitarbeiter in den städtischen Vollzugsdienst eingestellt. Im Rahmen einer sogenannten Ordnungspartnerschaft sind seit 23.07.2008 die zwei Mitarbeiter des städtischen Vollzugsdienstes und Beamte des Polizeireviers Tübingen, nachts zu wechselnden Zeiten, an wechselnden Orten, vornehmlich im Bereich der Innenstadt unterwegs, um für mehr Ruhe und Ordnung zu sorgen. Durch die Kontrollen und die Durchsetzung der einschlägigen Vorschriften der Polizeiverordnung und des Gaststätten- und Jugendschutzgesetzes wird eine weitere Sensibilisierung und Verhaltensänderung der Betreiber und Besucher von Gaststätten und Diskotheken sowie der Personen bei einem Aufenthalt im öffentlichen Raum erwartet.	Maßnahmen sind bereits angelaufen
2.11 Förderung der energetischen Sanierung der Altstadt Häuser	2	Stadtbildsatzung und Denkmalschutz stehen einer energetischen Sanierung nicht entgegen, Maßnahmen liegen jedoch in der Hand der Eigentümer.	
2.12 Bei Um- und Neubau sollen barrierefreie, alten- und behindertengerechte Wohnungen entstehen, z.B. in der Pflughofstraße.	2	Die Wohnungen in der Pflughofstraße 6 und 8 werden mit Aufzug ausgestattet. Die LBO fordert ab einer bestimmten Wohnungsanzahl mindestens	ist geplant

		eine barrierefreie Wohnung.	
2.13 Bereitstellung von Wohnraum für generationenübergreifendes Wohnen	3	Stadt hat kaum eigene Gebäude, die letzten gingen vor kurzem an die GWG.	
3. Dienstleistungsangebote und Infrastruktur			
3.16 Sicherung der Nahversorgung an Lebensmitteln und sonstigem Bedarf des täglichen Lebens Das Angebot hat sich in den letzten Jahren deutlich reduziert.	2	Das Sanierungsgebiet „östlicher Altstadtrand“ hat die Stärkung des Einzelhandels zum Ziel, damit ist auch an Lebensmittel und anderen Waren des täglichen Bedarfs gedacht. Selber bauen oder Läden betreiben kann die Kommune nicht.	
3.17 Sammeltaxi („Tag-Sam“) für Senioren mit Haltestelle z. B. am Faulen Eck	2	Für ein Angebot entsprechend des Nacht-SAM in den Tagstunden sieht der SVT aufgrund der dichten örtlichen und zeitlichen Erschließung durch den Stadtbuss keinen Bedarf. Dies würde zu einem Parallelangebot führen und wäre daher wohl auch gemäß Personenbeförderungsrecht nicht genehmigungsfähig. Auch die Beschränkung eines solchen Angebots für bestimmte Kundengruppen ist diesbezüglich kritisch. Somit wäre auch eine Linie zu Tag-SAM-Konditionen, etwa zur Erschließung des Altstadtkerns kaum machbar. Es wäre zu erwarten, dass ein Großteil der Fahrten tatsächlich nachgefragt würde, die Vorteile eines bedarfsgesteuerten Angebots also nicht zum Tragen kämen. Auch wäre anzunehmen, dass die Kapazität der aufgrund der örtlichen Gegebenheiten ausschließlich einsetzbaren sehr kleinen Fahrzeuge regelmäßig nicht ausreichen dürfte.	
3.18 Umzug der Beratungsstelle für ältere Menschen und deren Angehörige in barrierefrei zugängliche Räume	1	Derzeit keine Räume für die gesamte Stelle in Sicht, barrierefreies Beratungsangebot in Fruchtschranne 5 möglich	Wird weiter verfolgt
4. Treffpunkte, Freizeitangebote, ehrenamtliches Engagement			
4.13 Verbleib der Stadtbücherei in der Altstadt	3	Sanierung der Stadtbücherei und Integration in	ist geplant

		ein gemeinsames Projekt mit Handelsnutzung (siehe Punkt 3.16) ist ebenfalls im Sanierungsgebiet „östlicher Altstadtrand“ vorgesehen.	
4.14 Barrierefreier Zugang zu Kinos	2		
Es gibt in Tübingen kein barrierefrei zugängliches Kino.			
4.15 Überarbeitung des BVV-Gastronomieführers	2		
Die dort verwendete Bezeichnung „behindertengerecht“ ist nicht aussagekräftig und trifft oftmals nicht zu.			

V. Weststadt			
Statistische Angaben: In der Weststadt wohnten im Jahr 2007 474 Personen über 75 Jahre, für das Jahr 2020 wurden 605 Personen über 75 Jahre hochgerechnet, für 2030 762 Personen. Dabei sind Zuzüge älterer Menschen ins Betreute Wohnen noch nicht berücksichtigt.			
Verbesserungsvorschläge	Priorität	Bemerkungen	zu erledigen bis
1. Stadtqualität, öffentlicher Raum, Barrierefreiheit, Mobilität			
1.49 Farbige Markierung des verkehrsberuhigten Bereichs beim „Einkaufszentrum“ an der Herrenberger Straße und der Fußgängerüberwege	3	Fußgängerüberwege können nur in der Farbe weiß markiert werden. Ausbesserung soll geprüft werden.	
Das Überqueren der Herrenberger Straße ist (nicht nur) für Ältere oft schwierig.			
1.50 Fahrbahnschwellen und Geschwindigkeitskontrollen in der Herrenberger Straße	2	Fahrbahnschwellen werden aus schalltechnischen Gründen nicht mehr eingebaut. Geschwindigkeitskontrollen finden seit November verstärkt statt.	Kontrollen realisiert
1.51 Verbreiterung des Gehwegs an der Herrenberger Straße/Ecke Georgstraße	3	Freihändiger Erwerb ist nicht möglich.	nicht möglich
Ein privater Vorgarten reduziert den Gehweg.			
1.52 Erleichterung des Buseinstiegs für die Linie 9 am Haagtor	2	Ein Hochbord an dieser Stelle ist aus stadtgestal-	

Der Einstieg ist für Ältere viel zu hoch.		terischen Gründen kaum vorstellbar, wohl aber eine Verlegung der Haltestelle in Richtung Parkplatz, wo so etwas realisierbar sein müsste. Grundsätzlich: Barrierefreie Bushaltestellen werden sukzessive in Abstimmung mit dem Stadtverkehr verwirklicht.	
1.53 Bessere Beleuchtung im Bereich Schleifmühleweg/Sindelfinger Straße	2	Es sind keine Defizite bekannt, Prüfung durch SWT empfohlen.	Prüfantrag 2009
1.54 Sanierung der Unterführung unter der B 28 an der Ammer Die Unterführung steht bei Regen häufig unter Wasser.	-	Änderung der Situation ist angesichts der Höhenverhältnisse nicht leistbar.	nicht möglich
1.55 Aufwertung/Begrünung der Unterführung unter der B 28 zum Handwerkerpark	3	Finanzierungs- und Unterhaltungsproblem.	
1.56 Weiterführung des Ammerbegleitwegs bis zum Altstadtrand	3	Realisierung ist im Zuge einer Bebauung des Steinhilberareals geplant.	geplant, zeitlicher Ablauf von Seiten der Verwaltung nicht beeinflussbar
1.57 Aufwertung und Pflege des Spielplatzes bei der Bäckerei Gehr Vorschläge: Baumstämme erneuern, Bänke im Schatten, Bouleplatz.	3	Sanierung des Aischbachspielplatzes läuft.	in Arbeit
1.58 Schaffung eines zentralen Platzes für die Weststadt Vorschläge: Fußgängerbrücke über die Ammer bei der Freiackerstraße, Grünfläche mit Spielplatz, Bäumen und Bänken, begrünter Übergang zur Hepperhalle.	1	Im Rahmen der Entwicklung des Steinhilber-Areals vorgesehen.	geplant, zeitlicher Ablauf von Seiten der Verwaltung nicht beeinflussbar
1.59 Schaffung weiterer Querverbindungen für Fußgänger in der Weststadt	2	Im Rahmen der Entwicklung des Steinhilber-Areals vorgesehen, weitere sind derzeit nicht absehbar.	geplant, zeitlicher Ablauf von Seiten der Verwaltung nicht beeinflussbar
1.60 Umwandlung des Parkplatzes Schwärzlocher Stra-	3	Soll im Rahmen der Innenentwicklung bebaut	

Be/Gerstenmühlstraße in eine Grünfläche mit Bänken		werden. Angedacht ist eine ergänzende Wohnbauung mit Anwohnerparkgarage.	
Der idyllische Platz (Ammer, Mühlrad) ist zugeparkt und wirkt ungepflegt.			
1.61 Erhalt des Stadtbildes der Weststadt	3	Im Rahmen der Innenentwicklung wird versucht, zusätzlichen Wohnraum zu schaffen, der sich in Größe in die bestehende Struktur einfügt.	
Durch blockartige Neubauten wurde die Weststadt bereits stark verändert.			
2. Wohnen im Alter			
2.14 Verstärkte nächtliche Kontrollen	2	Präsenz und Kontrolle durch den städtischen Vollzugsdienst – Nachtstreife vgl. IV Altstadt – 2.9/2.10.	verstärkte Kontrollen bereits realisiert
Die Bewohner leiden bis in die Morgenstunden unter lärmenden Fußgängern.			
2.15 Anbringung eines Handlaufs links an der Treppe zur Schwärzlochler Straße (beim Betreuten Wohnen)	1	Bauträger sollte angesprochen werden.	
2.16 Schaffung von Grünflächen für Bewohner des Betreuten Wohnens am Schleifmühleweg	3	Grünflächen für begrenzte Zielgruppen müssten auf privaten Flächen hergestellt werden. Öffentliche Grünflächen müssen für alle Altersgruppen nutzbar sein.	
2.17 Erhaltung bzw. Förderung bezahlbaren Wohnraums für Personen mit geringerem Einkommen	2		
3. Dienstleistungsangebote und Infrastruktur			
3.19 Bessere Abstimmung der Buslinien 8, 11 und 12 aufeinander und auf die Bahn	3	Die Linien 11 und 12 bilden zusammen mit der Linie 9 einen annähernden 15-min-Takt im Abschnitt Obf – Haagtor. Die Abfahrtszeiten am Bahnhof wurden leicht merkbar zu den Minuten .00 / .15. / .30. / .45 festgelegt. Die Linie 8 bedient gemeinsam mit der Linie 18 den Ortsteil Hagelloch, ihre Fahrplananlage wird daher durch die der Linie 18 bestimmt, um möglichst regelmäßige Verbindungen von und nach Hagelloch anzubieten. Die Linie 18 wiederum ist in das Liniensystem 5 / 13 / 18 / 19 zur Bedienung der Kliniken eingebunden, eine Änderung der Fahrplananlage hätte	

		<p>erhebliche Auswirkung auf nahezu das gesamte Netz.</p> <p>Aus Sicht des SVT erfüllen die genannten Linien im Bereich Weststadt voneinander unabhängige Erschließungsfunktionen. Es ist zwar richtig, dass sie aufgrund der räumlichen Nähe der Linienführungen im Einzelfall auch alternativ genutzt werden. Allerdings haben die o.g. Restriktionen aufgrund ihrer hohen verkehrlich Bedeutung Priorität. Abstimmung der Fahrplananlage der Linien 8 und 11 / 12 brächte daher aus Sicht des SVT insgesamt mehr negative als positive Auswirkungen mit sich.</p> <p>Die Ankunfts- und Abfahrtszeiten der Züge am Bahnhof Tübingen sind relativ zufällig über die gesamte Stunde verteilt. Eine Abstimmung der Busse auf „die Bahn“ ist daher nur durch regelmäßige Bedienung mit engen Takten möglich. Sollten hier Anschlüsse von/zu bestimmten Zügen fehlen, wären diese Anforderungen zu konkretisieren.</p>	
<p>3.20 Verbesserung des Buseinstiegs für ältere Menschen</p> <p>Die Geländer in den Bussen sind zu hoch und für Ältere kaum erreichbar.</p>	2	<p>Der SVT setzt ausschließlich Niederflurfahrzeuge mit Kneeling - Technologie ein. Fahrzeugseitig ist dies Stand der Technik bzgl. Erleichterung des Einstiegs. Der Ausbau der Haltestellen obliegt der Stadt.</p>	
<p>4. Treffpunkte, Freizeitangebote, ehrenamtliches Engagement</p>			
<p>4.16 Bereitstellung eines neutralen Begegnungsraums für Weststadtbewohner</p> <p>Vorschläge: Nutzung von Räumen der Aischbachschule oder des Kinder-</p>	2		<p>Prüfung bis Ende 2009, Konzeption Stadtteil-Treffs liegt</p>

hauses nach dem Umbau, Mittagstisch und Treff für Ältere in der Hep- perhalle			vor
--	--	--	-----

VI. Südstadt (ohne Französisches Viertel)

Statistische Angaben: In der Südstadt (ohne Frz. Viertel und Unterer Wert) wohnten im Jahr 2007 **545** Personen über 75 Jahre, 2020 werden es **615** Personen sein und für 2030 sind **825** Personen prognostiziert.

Verbesserungsvorschläge	Priorität	Bemerkungen	zu erledigen bis
1. Stadtqualität, öffentlicher Raum, Barrierefreiheit, Mobilität			
1.62 Bessere Beleuchtung Beispiele: Unterführungen, Gegend um den Sternplatz, Volksgarten. Die Lampen sind zu schwach, es ist nachts zu dunkel.	2	Daueraufgabe der SWT im Auftrag der Stadt; Prüfantrag an SWT ist denkbar.	Prüfantrag 2009
1.63 Farbige Markierung der Fußgängerüberwege über die Hechinger Straße	3	Fußgängerüberwege können nur in der Farbe weiß markiert werden. Ausbesserung prüfen.	
1.64 Beidseitige Bordsteinabsenkung an der Verkehrsinsel Hechinger Straße/Katharinenstraße	2	Absenkung zur Erleichterung der Fußgängerquerung grundsätzlich möglich	Prüfung
1.65 Fahrgastfreundlicher und barrierefreier Umbau der Bushaltestelle Loretto (stadteinwärts) Die Bushaltestelle ist von Parkplätzen eingekeilt. Es fehlt eine Überdachung.	2	Die Planung liegt vor, wird 2009 realisiert.	Planung liegt vor Realisierung 2009
1.66 Großdruck und Beleuchtung für Busfahrpläne an Haltestellen, Streckeninformationen und behindertenfreundliche Aufhängung.	2	Im gegebenen Design der Aushangfahrpläne wäre eine größere Schriftgröße nur möglich, wenn künftig statt auf DIN A4 auf DIN A3 gedruckt würde. Dies setzt aber eine vollständige Umrüstung aller Haltestellen mit DIN A3-Vitrinen voraus. Der Platz dafür dürfte bei der Vielzahl der Linien regelmäßig nicht vorhanden sein. Zudem sei hier auf die inzwischen an wichtigen Haltestellen vorhandenen Dynamischen Fahrgastinformationen verwiesen.	

		<p>Auf allen Aushangfahrplänen ist das Linienband mit allen in Fahrtrichtung folgenden Haltestellen, den Fahrzeiten zwischen diesen Haltestellen sowie die Gültigkeit der Kurzstreckenfahrtscheine enthalten. Aus Sicht des SVT sind damit ausreichend Streckeninformationen vorhanden.</p> <p>Derzeit werden die Aushangfahrpläne in der vorhandenen Infrastruktur immer so niedrig wie möglich angebracht. Sollte diese nicht ausreichen, wäre eine Anpassung der Haltestelleninfrastruktur notwendig.</p>	
1.67 Ausgewiesene Trennung von Fuß- und Fahrradweg an der Steinlach	-	In Tempo-30-Zone sind grundsätzlich aus rechtlicher Sicht keine neuen Radwege zulässig.	nicht möglich
<p>1.68 Senioren- und rollstuhlgerechte Sanierung des Fußwegs entlang der Steinlach</p> <p>Der flache Spazierweg wird von Älteren stark frequentiert.</p>	1	Finanzierungsproblem.	
1.69 Beschilderung, Sanierung und gute Beleuchtung der Unterführung beim LTT	2	Es gibt Überlegungen zur Sanierung (mit LTT).	in Prüfung
<p>1.70 Verstärkte Kontrollen bei der Unterführung zur Steinlach</p> <p>Partyzone, Belästigung und teilweise Gefährdung von Fußgängern und Radfahrern.</p>	2	Der Bereich Unterführung Karlstraße-Steinlachallee wird künftig durch die Polizei und den Vollzugsdienst noch stärker überwacht und Platzverweise ausgesprochen werden.	vorgesehen
1.71 Bessere Busverbindung zum Galgenberg/Bergfriedhof	3	<p>Zum Bergfriedhof/Galgenberg verkehrt täglich alle 30 min die SAM-Linie 34. SAM-Linien ergänzen die Buslinien in Zeiten und Räumen schwacher Nachfrage. Sie verkehren nur, wenn die Fahrtwünsche mindestens 30 min vor Abfahrt telefonisch angemeldet wurden. Es gilt der normale naldo-Tarif, Zuschläge werden nicht erhoben.</p> <p>Weiterhin verkehrt die Linie 8 mit Einzelfahrten</p>	

		zum Bergfriedhof. Damit wird das SAM-Angebot um einige Liniefahrten ergänzt, um die vorhandene eher geringe Nachfrage möglichst auf diese Fahrten zu bündeln. Eine weitere Ausweitung des Fahrtenangebotes zum Bergfriedhof erscheint aufgrund der gegebenen Nachfrage aus Sicht des SVT nicht notwendig und sinnvoll.	
1.72 Bereitstellung seniorengerechter Parkplätze im Loretto-Parkhaus Das Ein- und Aussteigen auf den abgesenkten Paletten ist für Ältere schwierig – SWT	2	SWT ansprechen (Bewohner?)	
1.73 Aufwertung des Sternplatzes Vorschläge: Bepflanzung mit Blumen, Café, Platzkonzert, gruppierte Sitzgelegenheiten.	3	Umfangreiche Planung und Abstimmung erforderlich. Auslichten der Bäume im Winter ist geplant.	Planung bei Vorliegen entsprechender Haushaltsmittel
1.74 Belebung des Lorettoplatzes Vorschläge: Lauben mit Sitzgelegenheiten, Biergarten, Café, Wochenmarkt.	-	Ein Umbau des Platzes steht nicht an.	nicht geplant
1.75 Pflege der Brunnen auf dem Lorettoplatz Vorschlag: Anwohner übernehmen Patenschaften.	3	2009 werden zusätzlich Maßnahmen zur einfacheren Wartung realisiert.	vorgesehen
1.76 Betonbänke auf dem Lorettoplatz mit Holzauflagen versehen	2	2009 werden einige Betonbänke mit Holzauflagen versehen.	2009
1.77 Weitere Sitzgelegenheiten im Stadtteil Vorschlag: Bewohner suchen Sponsoren.	3		
1.78 Überdachte Sitzgelegenheiten im Volksgarten	-	Vorschlag wird wegen damit verbundener Lärm-	nicht geplant

		probleme bei Nacht abgelehnt.	
2. Wohnen im Alter			
2.18 Verstärkte Maßnahmen gegen nächtlichen Lärm Disco-Besucher und Jugendliche lärmern bis in die Morgenstunden, vor allem an Wochenenden. Schwerpunkte: Bänke an der Steinlach, weitere Umgebung des Top Ten.	2	vgl. IV Altstadt – 2.9/2.10	
3. Dienstleistungsangebote und Infrastruktur			
3.21 Seniorenfreundlicher Zugang zur Poststelle Eugen-/ Ecke Ulrichstraße Vorschlag: Anbringung eines stabileren Geländers oder einer Klingel.	2	Privater Laden. Ein kleines Gelände ist bereits vorhanden.	
3.22 Einrichtung eines Lieferservice für Ältere durch die Discount-Märkte	3		
4. Treffpunkte, Freizeitangebote, ehrenamtliches Engagement			
4.17 Einrichtung eines offenen, neutralen Stadtteiltreffs mit hauptamtlicher Betreuung und niedrigschwelligem Angebot Ausweitung der Nutzung von elkiko-Räumen prüfen.	3	Räume von elkiko stehen zur Verfügung an Wochentagen von 11.30 – 15.30 Uhr und ab 18.30 Uhr, am Wochenende nach Vereinbarung.	wird geprüft, Konzeption für Stadtteil-Treffs liegt vor
4.18 Einrichtung eines preisgünstigen Cafés im Foyer des Gemeindehauses bei der Eberhardskirche Die Kirche bietet diese Möglichkeit an, es werden freiwillige Mitarbeiter/innen gesucht.	3		geplant für 2009 (Kirchengemeinde)
VII. Wanne			
Statistische Angaben: Auf der Wanne wohnten im Jahr 2007 535 Personen über 75 Jahre, für 2020 sind 476 Personen prognostiziert und für 2030 513 Personen.			
Verbesserungsvorschläge	Priorität	Bemerkungen	zu erledigen bis
1. Stadtqualität, öffentlicher Raum, Barrierefreiheit, Mobilität			
1.79 Bordsteinerhöhung an der Bushaltestelle Wanne beim EKZ	2	Barrierefreiheit wird sukzessive in Absprache mit SVT verwirklicht.	nicht vor 2010
1.80 Borsteinabsenkungen an den Gehwegen beim Luise-Wetzel-Stift	2	Barrierefreie Maßnahmen in Absprache mit dem Beauftragten für barrierefreies Bauen.	2009 vorbehaltlich HH-Vollzug
1.81 Bessere Ausschilderung des Luise-Wetzel-Stifts	2	Konkretere Angaben sind erforderlich.	
1.82 Fußweg und bessere Beschilderung der Unterführungen am Nordring	3	Konkretere Angaben sind erforderlich.	

1.83 Sanierung des „Panoramawegs“ vom Heuberger Tor nach Hagelloch Es ist einer der wenigen flachen Spazierwege in der Nordstadt und wird von Älteren stark frequentiert.	2	Ist weitgehend realisiert.	weitgehend realisiert
1.84 Barrierefreier Zugang zum EKZ Wanne von Süden Vorschläge: Rampe oder Aufzug auf der Südseite in Richtung Luise-Wetzel-Stift.	2	Lage nicht eindeutig, es gibt 2 Zugänge von Süden. Der östliche ist komplett auf privater Fläche, der westliche in Teilen. Das EKZ selbst ist einschließlich der öffentlichen Räume privat. Bauräger ansprechen.	
1.85 Sanierung des barrierefreien Fußwegs von der Bushaltestelle zum EKZ	2	Fußweg befindet sich auf privater Fläche. Wird nach Möglichkeit auf Unterhaltungsliste gesetzt.	
1.86 Umgestaltung des Einbahnstraßenbereichs zwischen Luise-Wetzel-Stift und EKZ Der Überweg zum EKZ ist durch Holzpoller und Fahrräder blockiert.	2	Finanzierung unklar.	
1.87 Winterdienst auf den Wegen und beim Parkplatz zwischen Luise-Wetzel-Stift und EKZ	2	Wird geprüft, vermutlich Anwohnerverpflichtung.	Prüfung
1.88 Schaffung eines ebenen Zugangs zum Botanischen Garten vom Luise-Wetzel-Weg aus	3	VBA ansprechen.	
1.89 Schallschutz am gesamten Nordring	3	Keine rechtliche Verpflichtung, kein Vorrang.	
1.90 Verbesserung der Aufenthaltsqualität beim EKZ	-	Private Flächen.	keine Aufgabe der Stadt
1.91 Seniorenfreundliche Umrüstung einiger Bänke am Luise-Wetzel-Weg (Erhöhung, Armlehnen)	2	Die Erhöhung sämtlicher Bänke im Stadtgebiet und die Anbringung von Armlehnen wird geprüft. Erfahrung: keine Lösung ist für alle befriedigend.	in Prüfung
1.92 Bänke am Ursrainer Egert und am „Panoramaweg“ nach Hagelloch	3		
1.93 Sanierung und rollstuhlgerechter Umbau der Toiletten im Botanischen Garten	2	Flächen des Landes, VBA ansprechen.	
4. Treffpunkte, Freizeitangebote, ehrenamtliches Engagement			
4.19 Einrichtung eines offenen Stadtteiltreffs	3		wird geprüft, Konzeption Stadtteil-

			Treffs liegt vor
--	--	--	------------------

VIII. Waldhäuser Ost			
Statistische Angaben: Im Bereich WHO/Winkelwiese/Schönblick wohnten im Jahr 2007 645 Personen über 75 Jahre. 2020 werden es 867 Personen sein und 2030 940 Personen.			
Verbesserungsvorschläge	Priorität	Bemerkungen	zu erledigen bis
1. Stadtqualität, öffentlicher Raum, Barrierefreiheit, Mobilität			
1.94 Verbesserung der Zugangswege zum EKZ Die Wege sind teilweise in schlechtem Zustand und werden im Winter nicht geräumt und gestreut.	3	Flächen des EKZ sind privat. Winterdienst ist überwiegend Anliegersache, die Stadt kann nicht mehr leisten.	nicht möglich
1.95 Aufzug und öffentliche Toilette im EKZ	2	Gespräch mit Eigentümer erforderlich. Flächen des EKZ sind privat.	
1.96 Verbesserung der Aufenthaltsqualität beim EKZ	-	Flächen des EKZ sind privat.	keine Aufgabe der Stadt
1.97 Ausschilderung vorhandener öffentlicher Toiletten Z. B. im Hallenbad und im ev. Gemeindehaus.	2		
1.98 Fußgängerfreundliche Umgestaltung der Bushaltestelle Ahornweg beim EKZ Der Überweg von der Bushaltestelle zum EKZ ist für Fußgänger ungünstig, teilweise gefährlich. Vorschlag: Farbige Markierung des Fußgängerüberwegs, Schülerlotsen.	2	Verbesserungsmaßnahmen an der Haltestelle werden gerade geprüft.	Mitte 2009
1.99 Bessere Kennzeichnung der Busse Wanne - WHO	2	Nach Ansicht des SVT ist die Kennzeichnung der Busse eindeutig, verständlich und ausreichend. Wünsche sind zu konkretisieren.	
1.100 Beleuchtung der Bushaltestellen und der Fahrpläne	2	Wird mit neuem Vertragspartner „Werbung“ umgesetzt.	ist vorgesehen
1.101 Größere Papierkörbe an den Bushaltestellen	3		
1.102 Regelmäßige Grünpflege, Erhalt der parkartigen Umgebung	2	Unterhaltsdefizite sind unbestritten; Finanzierungsproblem.	

Durch „Verbuschung“ wirken die Wege oft dunkel, Lampen sind zugewachsen, das Sicherheitsgefühl ist beeinträchtigt.			
1.103 Bessere Beleuchtung	2	Prüfantrag an SWT.	Prüfauftrag 2009
Die Wegebeleuchtung ist insgesamt zu schwach.			
1.104 Pflege der Fußwege, auch Winterdienst	2	Unterhaltungsdefizite sind unbestritten; Finanzierungsproblem.	
Viele Gehwege sind durch Wurzeln uneben geworden.			
1.105 Attraktive öffentliche Nutzung des Wiesengrundstücks beim Kindergarten (ehem. Spielplatz)	-	Das Grundstück wird vom Kinderhaus und von Kindern aus dem Stadtteil genutzt.	derzeit nicht vorgesehen
2. Wohnen im Alter			
2.19 Wiederbelebung des Wohnparks am Schönbuch (Kastanienweg) als Mehrgenerationenprojekt	2		in Arbeit – Vorschlag bis Ende 2009
Der Verein, die Gruppe Tür an Tür sowie einige Wohnungseigentümer im Kastanienweg sind an einer Zusammenarbeit interessiert.			
2.20 Nächtliche Kontrollen	3	Konkretere Angaben sind erforderlich.	
Die Bewohner leiden unter Lärm und Vandalismus.			
3. Dienstleistungsangebote und Infrastruktur			
3.23 Öffnung der Angebote der Geschwister-Scholl-Schule für Stadtteilbewohner	3		Gespräch mit Schule 3. Quartal 2009
4. Treffpunkte, Freizeitangebote, ehrenamtliches Engagement			
4.20 Einrichtung eines offenen Stadtteiltreffs	1		Besprechung 2. Quartal 2009, Konzeption Stadtteil-Treffs liegt vor
Vorschlag: Bestehende Initiativen bauen in einem leerstehenden Laden im EKZ mit städtischer Unterstützung einen Stadtteiltreff auf.			

4.21 Intensivere offene Nutzung des Gemeinschaftsraums im Wohnpark am Schönbuch	-	Zuständigkeit des Vereins	keine Aufgabe der Stadt
4.22 Einrichtung eines offenen Jugendtreffs Nicht alle Jugendlichen werden vom Angebot des Jugendforums angesprochen.	3	Unrealistisch, es gibt andere Prioritäten (kein Jugendtreff im Stadtteil) die aus finanziellen Gründen nicht umgesetzt werden können.	

Konzept für die Tübinger Stadtteil-Treffs *

Der Anstoß für die Tübinger Stadtteil-Treffs ist aus der Stadt seniorenplanung heraus entstanden: Bei den Stadtteilspaziergängen haben Bürgerinnen und Bürger ihre Verbesserungsvorschläge und Wünsche fürs Älterwerden eingebracht. Ein Stadtteil-Treff wurde dabei häufig sogar als Schlüsselprojekt für die Quartiersentwicklung angesehen.

Der überwiegende Teil älterer Menschen will so lange wie möglich in der gewohnten Umgebung leben. Ältere Menschen wollen die Möglichkeit haben, sich selbst zu versorgen, unter Leute zu gehen und aktiv zu sein. Dafür wünschen sie sich nahe gelegene „neutrale“ Treffpunkte mit einem offenen, leicht zugänglichen und für alle erschwinglichen Angebot. Viele sind auch bereit, sich selbst dort zu engagieren und Aufgaben zu übernehmen.

Dazu bedarf es der Weiterentwicklung und Stärkung der Stadtquartiere, um zukünftig wohnortnah eine ausreichende Infrastruktur, insbesondere die nötigen Hilfen und Dienstleistungen bereitstellen zu können.

Die Räume der Treffs sollen auch anderen Quartiersbewohnern und Gruppen offenstehen, um dort zusammen zu kommen und eigene Aktivitäten zu entwickeln. So können die Treffs zu einer Schnittstelle für das bürgerschaftliche Engagement im Stadtteil werden.

Noch während des Planungsprozesses hat sich eine Arbeitsgruppe engagierter, überwiegend älterer Personen zusammen gefunden. Ein Vorbild für ihre planerischen Überlegungen war dabei die Begegnungsstätte für Ältere „Hirsch“ in der Tübinger Innenstadt. Zusammen mit der Verwaltung wurde die folgende Konzeption entwickelt:

Was können die Treffs anbieten?

- Begegnungen in der Nachbarschaft
- erste Kontaktmöglichkeit für neue Quartiersbewohner
- Treffpunkt ohne Konsumzwang für Bewohner und Gruppen aus dem Stadtteil
- im Außenbereich Sitzplätze und Spielmöglichkeiten
- Informationen von und für Stadtteilbewohner, Tauschbörse (gegenseitige Dienstleistungen, Anschlagtafel)
- Koordination von ehrenamtlichem Engagement und Nachbarschaftshilfe, Früherkennung von Problemlagen
- regelmäßige Beratungsstunden: Sozialberatung, Gesundheit und Vorsorge, Sicherheit zu Hause und im Straßenverkehr

* Für die Stadtteil-Treffs wurden verschiedene Bezeichnungen vorgeschlagen: Z.B. Info-Treff, Bürgertreff, Bürgerzentrum, Quartiertreff. In dieser Konzeption wird die Kurzbezeichnung „Treff“ verwendet.

- Bewegungsangebot für Ältere
- Handarbeiten, Basteln, Singen, Musizieren und Spielen
- kulturelles Angebot, v. a. für ältere Menschen, die in ihrer Mobilität eingeschränkt sind (z.B. Vorträge, Filme, Ausflüge)

Wo können die Treffs entstehen?

In den Stadtteilen und Wohngebieten gibt es bereits Angebote für ältere Menschen. Die Anbieter werden bei der Planung der neuen Treffs mit einbezogen, ebenso interessierte Bewohner und Schlüsselpersonen im Stadtteil. Wo immer möglich, können die Treffs sich an bereits vorhandene Räume und Aktivitäten anbinden. Eine gemeinsame Nutzung von Räumen und Ressourcen wird angestrebt. Die Räume sollen barrierefrei zugänglich sein und einen einfachen Cafébetrieb zu günstigen Preisen ermöglichen.

Wer trägt und organisiert die Treffs?

Es ist möglich, dass sich die Treffs in den Stadtteilen unterschiedlich entwickeln.

Träger können z. B. sein:

- eine Gruppe von Ehrenamtlichen
- ein Verein
- ein Zusammenschluss von allen Treffs im Stadtgebiet

Für eine kontinuierliche Arbeit der Treffs und eine Vernetzung des ehrenamtlichen Engagements im Stadtteil ist eine hauptamtliche Koordination sinnvoll und notwendig. Der Koordinator oder die Koordinatorin sollte auch Problemlagen im Quartier, insbesondere von älteren und einsamen Menschen, erkennen und aufgreifen, Lösungen suchen und Hilfen organisieren.

Mittelbedarf

Raummiete
Nutzungsgebühren (Küche, Inventar ...)
Referenten, Materialien ...
Aufwand für Koordinationsstelle

